

UBA aktuell 3/2011

Informationen aus dem Umweltbundesamt



Liebe Leserin, lieber Leser,

das Raumschiff Erde hat keinen Notausgang. Noch in diesem Jahr werden sieben Milliarden Menschen auf der Erde leben. Wir können uns nicht mehr die Ignoranz der Vergangenheit leisten, wenn unser Planet nicht an seine Grenzen der Belastbarkeit stoßen soll. Die Staatengemeinschaft hat sich im mexikanischen Cancún auf ein gemeinsames Ziel verständigt: Die mittlere globale Durchschnittstemperatur soll um nicht mehr als zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau steigen, damit der Klimawandel noch beherrschbar bleibt.

Seit einiger Zeit wird verstärkt diskutiert, ob sich das Klima der Erde großtechnisch noch unter Kontrolle bringen lässt. Die Vorschläge unter dem Stichwort „Geo-Engineering“ reichen von der Ausbringung von Schwefelaerosolen in die Atmosphäre über die Installation von Sonnensegeln im All bis hin zur Düngung der Meere mit Eisen. Aus Gründen der Vorsorge betrachtet das Umweltbundesamt (UBA) derartige Vorschläge mit Vorbehalt und empfiehlt ein Moratorium für Geo-Engineering. „Im Moment gibt es keine Technologie, die uns erlaubt, die globale Erwärmung nachträglich zu begrenzen“, erklärte UBA-Präsident Jochen Flasbarth. Beim Klimamanagement an Bord des Raumschiffs Erde müssen wir bei den Ursachen des vom Menschen verursachten Treibhauseffektes ansetzen, also den Emissionen von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen. Geo-Engineering ist kein Ersatz für die zwei Säulen der Klimapolitik: Vermeidung von Treibhausgasen und Anpassung an den Folgen des Klimawandels.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre

Pressestelle des Umweltbundesamtes

INHALT

[+Schwerpunkt+](#)

Wirksamer Klimaschutz oder Größenwahn?

UBA empfiehlt Moratorium für Geo-Engineering

+Nachrichten+

[Unkonventionelle Erdgasgewinnung auf dem Prüfstand](#)

Strenge Mindestanforderungen an Schiefergas-Fördertechnik gestellt

[EU-Agrarpolitik muss „grüner“ werden](#)

Fördergelder stärker an Umweltauflagen binden

[EU untersucht Bevölkerung auf Umweltschadstoffe](#)

Deutscher Teil der Pilotstudie „Democophes“ gestartet

[Wege für „grüne“ Zukunftsmärkte](#)

Internationale Konferenz zu nachhaltigem Wirtschaften

[Der Blaue Engel macht Schule](#)

Kampagne für mehr Recyclingpapier im Schulranzen

[Gesund und Fit durch den Sommer](#)

Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ läuft noch bis Ende August

[Sommer, Sonne - Plastikmüll?](#)

Fotowettbewerb gegen Müll in Meer und Landschaft

[Service und Transparenz in der Bundesverwaltung](#)

UBA beteiligt sich an einheitlicher Behördennummer 115

[+Personalien+](#)

+Aus den UBA-Fachbereichen+

[Globalen Umweltschutz effektiver gestalten](#)

Vorschläge für eine Strukturreform des UN-Umweltprogramms

[Fluorierte Treibhausgase vermeiden](#)

Politik und Wirtschaft diskutieren in Brüssel über Wege zum Ausstieg

[Einsparpotential längst nicht ausgeschöpft](#)

Fachkräftemangel behindert energetische Gebäudesanierung

[Kühl und kostengünstig durch den Sommer](#)

Gebäude lassen sich mit deutlich weniger Strom kühlen

[Energieeffizienz im produktbezogenen Umweltschutz](#)

Konzeption eines Top-Runner-Modells auf EU-Ebene veröffentlicht

[Rohstoffkonflikte nachhaltig vermeiden](#)

Studie beleuchtet Risiken und Konfliktpotentiale wichtiger Rohstoffe

[Strategien für mehr Ressourceneffizienz](#)

Forschungsprojekt liefert umfangreiche Ergebnisse

[Umweltstandards für Jacke wie Hose](#)

Mehr Nachhaltigkeit bei Textil- und Schuhproduktion

[Trend zu Einwegflaschen aus Kunststoff ungebrochen](#)

Marktanteile von ökologisch vorteilhaften Getränkeverpackungen sinken erneut

[Neue Mobilität in den Städten](#)

Öffentliche Fahrradverleihsysteme starteten in die Fahrradsaison 2011

[Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz in Kraft getreten](#)

Folgen für die Zuteilung in der dritten Handelsperiode

[Internationaler Kohlenstoffmarkt](#)

Deutscher Pavillon auf der Carbon Expo 2011 in Barcelona

[Bodenerosion in der Landwirtschaft](#)

Welche Auswirkungen hat der Klimawandel?

[Mehr Rechte für Umweltverbände](#)

EuGH-Urteil bringt Klarheit im Umweltrecht

[Anlagensicherheit und Störfallvorsorge](#)

Jahresbericht der Zentralen Melde- und Auswertestelle für Störfälle erschienen

[Runder Tisch „Supermarktkälte“](#)

Breite Markteinführung klimaschonender Kälteanlagen lässt auf sich warten

[Problematische Chemikalien in Produkten](#)

Studie analysiert Vorkommen und Regelungsbedarf

[Geruchsemissionen von Bauprodukten](#)

Neues Verfahren ermöglicht Messung und Bewertung

[Alternativen zu Tierversuchen](#)

Mechanismus-basierte Bewertung von Chemikalien vorantreiben

[Frühzeitig auffinden und bewerten](#)

Arzneimittel-Rückstände mit Verschmutzungspotential für Roh- und Trinkwasser

[+Neue Publikationen+](#)

[+Termine+](#)

[Impressum](#)

+Schwerpunkt+

Wirksamer Klimaschutz oder Größenwahn?

Neben dem klassischen Klimaschutz werden seit einiger Zeit Maßnahmen des sogenannten Geo-Engineering verstärkt diskutiert. Damit sind bewusste und zielgerichtete großtechnische Eingriffe in das Klimasystem gemeint, die der vom Menschen verursachten Klimaerwärmung entgegen wirken sollen. Die Vorschläge dazu reichen von der Ausbringung von Schwefelaerosolen in die Atmosphäre über die Installation von Sonnensegeln im All bis hin zur Düngung der Meere mit Eisen. Doch wie tragfähig sind solche Vorschläge? In einem Hintergrundpapier ordnet das UBA diesen konzeptionellen Ansatz in die Klimapolitik ein, gibt eine erste Einschätzung zur fachlichen Tragfähigkeit und zu erwartenden Risiken, die mit der Umsetzung solcher Maßnahmen verbunden sein könnten. Der rechtliche Rahmen wird ebenso erläutert wie auch mögliche Kriterien, die von Entscheidungsträgern berücksichtigt werden sollten. Darüber hinaus werden erste Empfehlungen für den Umgang mit dem umstrittenen und in vielen Fragen noch offenen Thema gegeben.

„Vor dem Hintergrund des noch sehr unzureichenden Wissens, das über die Wirkungen von Geo-Engineering vorliegt, empfiehlt das Umweltbundesamt ein Moratorium für die Anwendung solcher Technologien“, sagte UBA-Präsident Jochen Flasbarth. Fakt ist, dass die meisten Vorschläge zum Geo-Engineering sich noch im Stadium theoretischer Überlegungen befinden oder bisher nur in Laboren und in kleinskaligen Maßstäben ausprobiert worden sind. Eindeutige Aussagen über die Wirksamkeit, Risiken und Nebenwirkungen können daher nicht getroffen werden. Zudem besteht die Gefahr, dass Geo-Engineering zusehends als Ersatz für Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen angesehen wird. Dies könnte zu einem grundlegenden Wandel der Klimaschutzpolitik führen. Denn die Idee des Geo-Engineering setzt nicht bei den Ursachen des vom Menschen verursachten Treibhauseffektes an: den Emissionen von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen. Vielmehr soll das bereits erwärmte Klima im Nachhinein reguliert werden. „Wer die Klimaschutzziele wirklich erreichen will, muss die Emissionen weiter mindern“, so Flasbarth.

Broschüre herunterladen/bestellen: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/4125.html>

[zurück](#)

+Nachrichten+

Unkonventionelle Erdgasgewinnung auf dem Prüfstand

Für die Erdgasgewinnung aus unkonventionellen Lagerstätten mit Hilfe sogenannter Fracking-Verfahren fordert das UBA eine obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung. In sensiblen Gebieten, dies gilt vor allem für Gebiete zur Trinkwassergewinnung, sollte das Fracking generell nicht gestattet werden, so eine erste Einschätzung des UBA. Außerhalb dieser Gebiete sollte diese Form der Erdgasförderung an strenge Mindestanforderungen gebunden werden, die in einer obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfung festgelegt sind. Bei der Genehmigung sind auch die Wasserbehörden zu beteiligen. Unternehmen, die in Deutschland nach Schiefergas suchen, müssen die chemische Zusammensetzung der Fracking-Fluide offenlegen und deren fachgerechte Entsorgung nachweisen.

Fracking ist ein technisches Verfahren zur Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten. Es wird in den USA seit 1982 angewandt. Mit

Druck von bis zu 1000 bar wird dabei ein Gemisch aus Wasser, Quarzsand und Chemikalien über eine unterirdisch horizontal abgelenkte Tiefbohrung in das umlagernde Gestein des Untergrundes gepresst. In der Folge des hydraulischen Drucks werden künstliche Risse im Gestein erzeugt und Erdgas frei gesetzt. In Deutschland gibt es noch keine Erdgasgewinnung aus Schiefergaslagerstätten.

Stellungnahme im Entwurf herunterladen:

http://www.umweltbundesamt.de/chemikalien/publikationen/stellungnahme_fracking.pdf

[zurück](#)

EU-Agrarpolitik muss „grüner“ werden

In die anstehende Reformrunde zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union hat sich jetzt die beim UBA eingerichtete Kommission Landwirtschaft (KLU) eingeschaltet. Sie unterstützt die Forderung nach einer Ökologisierung der EU-Agrarpolitik und schlägt konkrete umweltbezogene Auflagen vor, die künftig beim Erhalt von Direktzahlungen im Rahmen der Ersten Säule der GAP zu beachten seien. Die Fördergelder – derzeit jährlich 57 Milliarden Euro aus öffentlichen Kassen – sollten zukünftig stärker an den Schutz von Wasser, Klima, Luft und Artenvielfalt gebunden werden. Landwirte müssten dafür etwa den Stickstoffsaldo beschränken, die Tierbesatzdichte begrenzen oder bestehendes Dauergrünland erhalten.

Die Gelder der künftigen Zweiten Säule (Förderung der ländlichen Entwicklung, unter anderem durch Agrar-Umweltmaßnahmen) sind laut KLU, zielorientierter und effizienter für die Bereitstellung öffentlicher Güter und Leistungen – mehr Umweltschutz – einzusetzen. Auch sollten sie regionale Besonderheiten hinsichtlich der naturräumlichen und agrarstrukturellen Gegebenheiten stärker berücksichtigen. Derzeit steht die GAP vor einer weiteren Reformrunde, in der die Rahmenbedingungen für die Jahre 2014 bis 2020 festgelegt werden sollen. Die KLU berät als neunköpfiges Team unabhängiger Fachleute das UBA. Den Vorsitz hat Lutz Ribbe, Direktor der Naturschutzpolitischen Abteilung der Stiftung Euronatur, inne.

Stellungnahme herunterladen: <http://www.uba.de/uba-info-medien/3981.html>

Mehr Infos zur KLU: <http://www.umweltbundesamt.de/landwirtschaft/klu/index.htm>

[zurück](#)

EU untersucht Bevölkerung auf Umweltschadstoffe

Die Europäische Union (EU) erforscht in einer Pilotstudie die Belastung der Bevölkerung mit Umweltschadstoffen. Dazu werden von August an etwa 4.000 Kinder zwischen sechs und elf Jahren und deren Mütter in 17 Ländern auf die Stoffe Quecksilber, Cadmium, Cotinin und Phthalate (Plastikweichmacher) untersucht. In Deutschland nehmen an der Studie 120 zufällig ausgewählte Mutter-Kind-Paare aus Bochum und dem Hochsauerlandkreis teil. Sie sollen jeweils eine Urin- und Haarprobe abgeben und einen Fragebogen beantworten. Das Ergebnis der Untersuchungen wird den teilnehmenden Familien mitgeteilt. Den deutschen Teil der Pilotstudie „Democophes“ leitet das UBA, die Untersuchungen führt die Universität Bochum durch.

Aus den Ergebnissen der Untersuchung leiten die Forscherteams Empfehlungen für eine zukünftige repräsentative Human-Biomonitoring-Studie ab, die möglichst in allen europäischen Ländern eine Vielzahl von Umweltschadstoffen erfassen soll. Ziel dieser Studie wird sein, umfassende Politikempfehlungen zu geben, wie die Belastung der Europäer mit Umweltschadstoffen verringert werden kann. Die EU

hatte die einheitliche Untersuchung der Schadstoffbelastung in ihrem Aktionsplan „Umwelt und Gesundheit“ gefordert.

Infos zur Pilotstudie:

<http://www.umweltbundesamt.de/gesundheit/gbub/democophes/index.htm>

Website des europäischen Konsortiums: <http://www.eu-hbm.info/>

[zurück](#)

Wege für „grüne“ Zukunftsmärkte

Im Juni 2012 wird sich – 20 Jahre nach dem Erdgipfel in Rio – die Staatengemeinschaft zur UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung ("Rio plus 20") versammeln. Ein zentrales Thema wird dabei sein, wie sich die Weltgemeinschaft zu einer umwelt- und ressourcenschonenden, energieeffizienten „Green Economy“ entwickeln kann. Um wichtige Impulse für die Debatte über notwendige politische Weichenstellungen zu geben, veranstaltet das UBA vom 29. bis 30. September 2011 die internationale Konferenz „Green Markets – World of Sustainable Products“ in Berlin. Jochen Flasbarth, Präsident des UBA: „Die Green Economy bietet Industrie- wie auch Entwicklungsländern eine Perspektive, Prosperität so zu organisieren, dass die ökologischen Grenzen nicht verletzt werden.“ Mit der Konferenz möchte das UBA zukunftsweisende Perspektiven und strategische Ansätze der Umweltpolitik mit Blick auf die Schaffung von „grünen Märkten“ diskutieren sowie konkrete Lösungswege aufzeigen.

Mehr Infos und Anmeldung: http://www.greenmarkets2011.org/home_de/dok/43567.php

[zurück](#)

Der Blaue Engel macht Schule

Recyclingpapier spart Bäume, Wasser und Energie und muss dabei nicht grau und trist daherkommen. Die neue Sonderedition Blauer Engel-Schulhefte macht es vor. Sie ist Flaggschiff der auch vom UBA getragenen Kampagne „Schulstart für den Blauen Engel – 100 % für unsere Umwelt“. Um mehr Recyclingpapier in die Schulranzen zu bringen, ist auch der Handel gefragt. Denn im Moment ist nur jedes zehnte angebotene Schulheft ein Recyclingheft. Dabei liegen die Vorteile für die Umwelt auf der Hand: Schon mit tausend Blatt Recyclingpapier (das sind etwa zwei Klassensätze Schulhefte) lässt sich so viel Energie sparen, wie 70 Computer samt Bildschirm an einem Arbeitstag benötigen. Zudem wird kein Baum hierfür gefällt.

Rund 80 Prozent der Jugendlichen möchten laut einer Bertelsmann-Studie etwas für die Umwelt tun, wissen aber häufig nicht was. Mit den Unterrichtsmaterialien "Der Blaue Engel macht Schule" erfahren Schülerinnen und Schüler, wie durch den Blauen Engel die Umwelt geschützt wird und erhalten Anregungen, was sie selbst für die Umwelt tun können. Die Unterrichtsmaterialien eignen sich für alle Schulformen und Jahrgangsstufen und sind kostenfrei im Internet erhältlich.

Mehr Infos zur Kampagne: <http://www.blauer-engel.de/de/verbraucher/aktion-schule/index.php#action>

Unterrichtsmaterialien herunterladen: <http://blauer-engel.de/de/verbraucher/infos-lehrer.php>

[zurück](#)

Gesund und fit durch den Sommer

Mit der bundesweiten Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ wollen der Allgemeine Deutsche Fahrradclub und die AOK das Radfahren in der Alltagswelt mehr fördern. Denn: Mit dem Rad zur Arbeit, zum Einkaufen oder in den Urlaub zu fahren, macht Spaß, hält fit, schützt Umwelt und Klima. Die Beschäftigten von Unternehmen und Institution können noch bis zum 31. August mitmachen. Wer mindestens an 20 Tagen den Weg zur Arbeit mit dem Rad zurücklegt, kann attraktive Preise gewinnen. Die Initiative gibt es seit 2001. Im vergangenen Jahr waren über 170.000 Teilnehmer aus allen 16 Bundesländern dabei. Das UBA nimmt auch in diesem Jahr an der Aktion teil und organisierte zum Aktionsstart für seine Mitarbeiter einen externen Fahrradreparaturservice. Ein Dessauer Fahrradhändler verlegte seine Werkstatt für drei Stunden ins Dienstgebäude des UBA. Der externe Fahrradreparaturservice soll nun regelmäßig den Beschäftigten angeboten werden.

Zur Aktion: <http://www.mit-dem-rad-zur-arbeit.de/bundesweit/index.php>

Mehr zum Reparaturservice:

http://www.umweltbundesamt.de/verkehr/veranstaltungen/zur_nachahmung_empfohlen.pdf

[zurück](#)

Sommer, Sonne - Plastikmüll?

Unter dem Motto „Sommer, Sonne – Plastikmüll?“ sucht das UBA in diesem Sommer Arbeiten von Hobbyfotografen, die die Urlaubsidylle in der Natur von einer ganz anderen Seite zeigen. Ob Plastikmüll im Wald, eine Skulptur aus gefundenen Abfallteilen oder die Dokumentation einer gründlichen Strandreinigungsaktion – der Kreativität sind beim Fotowettbewerb keine Grenzen gesetzt. Die besten Einsendungen werden auf der Internetseite fuer-mensch-und-umwelt.de und dem UBA-Facebook-Profil veröffentlicht und mit Preisen prämiert. Einsendeschluss ist der 30. September 2011.

Plastikmüll ist vor allem für die Meere ein Problem: Rund 70 Prozent des Mülls, der in die Meere gelangt, „verschwindet“ auf dem Meeresboden. Allein auf dem Grund der Nordsee sind das schätzungsweise bereits 600.000 Kubikmeter. Für Meeresschilddrüsen verfangen sich regelmäßig in alten Fischerutensilien und verenden. Oft verwechseln die Tiere Plastikteile mit Nahrung und verschlucken sie. Nicht selten verhungern Tiere, weil der Mageninhalt aus Plastik ein ständiges Sättigungsgefühl hervorruft. Bis eine Plastikflasche in der Umwelt abgebaut ist, dauert es etwa 450 Jahre.

Mehr Infos: <http://fuer-mensch-und-umwelt.de/>

[zurück](#)

Service und Transparenz in der Bundesverwaltung

115 – die neue Behördennummer des Bundes führt nun auch zum UBA. Seit neuestem ist auch das Amt mit ausgewählten Umweltthemen im Informationsverbund integriert. Über die Bürgerhotline gibt es zum Beispiel fundierte Antworten zu Fragen der Luftqualität in Deutschland, zur Entsorgung von Energiesparlampen sowie zum Zugang zu Umweltinformationen nach dem Umweltinformationsgesetz. Die Behördenrufnummer 115 bietet übergreifend Auskünfte zu den Leistungen der Kommunen sowie der Bundes- und Landesverwaltungen. Für nahezu alle öffentlichen Angelegenheiten gibt es

schnelle und kompetente Antworten. Ziel ist es, Fragen der Bürgerinnen und Bürger standardisiert und unabhängig von regionalen Zuständigkeiten möglichst bereits beim ersten Anruf zu beantworten. Die Bürgeranliegen werden innerhalb eines Informations- und Telefonverbunds bearbeitet. Ist eine sofortige Antwort nicht möglich, werden die Fragen an die zuständige Stelle übermittelt und von dieser innerhalb von 24 Stunden beantwortet. Bis Jahresende werden sich rund 75 Behörden und Institutionen am 115-Service beteiligen.

Mehr Infos: http://www.d115.de/cln_115/DE/Home/home_node.html?_nnn=true

[zurück](#)

+Personalien+

Uwe Brendle leitet die Abteilung „Verkehr, Lärm“

Uwe Brendle leitet seit dem 1. August die Abteilung „Verkehr, Lärm“. Der diplomierte Verwaltungswissenschaftler arbeitete von 1989 bis 1996 für verschiedene private Forschungsinstitute zu Fragen umweltpolitischer Steuerung mit Schwerpunkt Regional-/Infrastrukturentwicklung. 1996/97 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag mit dem Themenschwerpunkt nachhaltige Tourismuspolitik. Nach mehrjähriger politikwissenschaftlicher Forschungstätigkeit an der Universität Göttingen wechselte er 2000 ins Bundesamt für Naturschutz und übernahm dort die Leitung der Abteilung „Natur und Gesellschaft“, mit der Zuständigkeit für sozialwissenschaftliche, ökonomische und juristische Fragen der Naturschutzpolitik. Von 2009 bis 2011 war Brendle bei Fraport als Leiter Nachhaltigkeitsstrategie tätig.

Frank Wolke übernimmt Fachgebiet "Klimaschutzprojekte"

Frank Wolke ist seit Juni 2011 Leiter des Fachgebiets E 1.6 „Klimaschutzprojekte“ der Deutschen Emissionshandelsstelle im UBA. Zentrale Aufgaben des Fachgebiets sind die Zustimmung zu internationalen Klimaschutzprojekten und die Prüfung von Verifizierungsberichten. Darüber hinaus bietet das Fachgebiet Unternehmen einen Service bei der Antragstellung von Klimaschutzprojekten an und informiert zum Thema freiwillige Kompensation von Treibhausgasen. Als Jurist arbeitete Frank Wolke zunächst im Fachgebiet für rechtswissenschaftliche Grundsatzfragen des UBA, anschließend in einer überregionalen Rechtsanwaltskanzlei. Zuletzt war er im Justitiariat der Deutschen Emissionshandelsstelle tätig, wo er Musterverfahren vor den Verwaltungsgerichten führte und an der Erarbeitung von Vorschriften zum Emissionshandel beteiligt war.

Olaf Hölzer-Schopohl ist Fachgebietsleiter für "Luftverkehr"

Dr. Olaf Hölzer-Schopohl (40) leitet das neu eingerichtete Fachgebiet E 2.6 „Luftverkehr“ der Deutschen Emissionshandelsstelle im UBA. Das Fachgebiet ist für den von 2012 an startenden Emissionshandel im Luftverkehr zuständig und betreut mehr als 400 Luftfahrzeugbetreiber aus aller Welt. Hölzer-Schopohl studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg und promovierte am Institut für Umweltökonomie zu umweltpolitischen Instrumenten im Verkehr. Zunächst war er Referent beim Bundesumweltministerium, 2005 kam er zum UBA und arbeitete im Fachgebiet „Berichte, Nationaler Allokationsplan und Reservemanagement“. Dort betreute er neben anderen Themen auch die Einbeziehung des Luftverkehrs in den europäischen Emissionshandel.

+Aus den UBA-Fachbereichen+

Globalen Umweltschutz effektiver gestalten

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) nimmt derzeit keine führende Rolle im globalen Umweltschutz ein. Denn neben dem 1972 gegründeten UNEP befassen sich heute über 40 Organisationen auf der Ebene der Vereinten Nationen mit Umweltangelegenheiten – ein fragmentiertes und ineffizientes System. Die Reform der UN-Organisationsstrukturen für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung wird auch ein Schwerpunkt der UN-Konferenz „Rio plus 20“ sein, die im kommenden Jahr in Rio de Janeiro stattfindet.

In einem Arbeitspapier setzt sich das UBA mit der notwendigen Strukturreform des Umweltprogramms auseinander. Das Papier greift den Vorschlag der EU auf, das bestehende UNEP zu einer UN-Sonderorganisation aufzuwerten und so die Basis für ein globales Umweltregime zu bilden. Entscheidend für die künftige Organisation sind ein starkes Mandat von den Vereinten Nationen, ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen, eine stärkere Einbindung der Entwicklungs- und Schwellenländer und eine effizientere Koordination der internationalen Umweltpolitik und der entsprechenden Programme.

Arbeitspapier herunterladen:

http://www.umweltbundesamt.de/ius/downloads/arbeitspapier_uneo.pdf

Interview mit UNEP-Chef Achim Steiner und Infos zum Thema:

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/3972.html>

[zurück](#)

Fluorierte Treibhausgase vermeiden

Aus Sicht des UBA gibt es für die meisten Anwendungen von fluorierten Treibhausgasen (F-Gase) umweltgerechtere Alternativen. Auf Basis dieser Annahme sind internationale Regelungen und zukünftige EU-Regelungen auszuarbeiten, beispielsweise ein Ausstiegsszenario im Rahmen des Montreal-Protokolls, dem bisher nur Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) unterworfen sind. Das machte der Präsident des UBA, Jochen Flasbarth, bei einer Podiumsdiskussion in Brüssel deutlich. Vertreter aus Wirtschaft und Politik diskutierten mit dem UBA-Präsidenten über Alternativen für F-Gase.

F-Gase werden zum Beispiel als Kältemittel eingesetzt. Das Problem ist, dass sie 100- bis 24.000-mal schädlicher für das Klima sind als CO₂. Ihre Emissionen werden weltweit steigen. Verschiedene Studien, auch des UBA, zeigen einen deutlichen Handlungsbedarf. Aktuell erarbeitet die Europäische Kommission eine Position zu einer internationalen Regelung von F-Gasen und einer mögliche Änderung der aktuellen EU-Rechtsvorschriften zu dieser Stoffgruppe. Gleichzeitig befasst sich der Umweltausschuss des EU-Parlaments mit diesem Thema.

Studie "Fluorierte Treibhausgase vermeiden - Wege zum Ausstieg“:

<http://www.uba.de/uba-info-medien/3962.html>

Studie "Projections of global emissions of fluorinated greenhouse gases in 2050“:

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/3866.html>

[zurück](#)

Einsparpotential längst nicht ausgeschöpft

Die energetische Sanierung von Gebäuden bietet große Chancen für Klimaschutz und Beschäftigung. Bis zum Jahr 2030 lassen sich im Gebäudesektor nahezu 30 Prozent der Treibhausgas-Emissionen einsparen. Wie eine neue Studie für das UBA zeigt, mangelt es jedoch zunehmend an qualifizierten Fachkräften, um energetische Sanierungen zu planen und umzusetzen. Ein Grund warum derzeit nur etwa ein Drittel der wirtschaftlich lohnenden Energiesparpotentiale im Gebäudebestand ausgeschöpft wird. Die Autoren der Studie analysieren die Beschäftigungsstrukturen und -entwicklungen sowie den Ausbildungs- und Qualifizierungsbedarf. Fachkräfte für die energetische Gebäudesanierung müssen sich ständig neues Wissen über die angebotenen Technologien und Produkte aneignen und zugleich fundierte Grundlagenkenntnisse haben. Energetische Gebäudesanierung erfordert einen höheren Planungs- und Materialaufwand als eine Sanierung ohne energetische Modernisierung. Eine Kurzfassung der Studie mit Handlungsempfehlungen ist im Internet verfügbar, auch auf Englisch. Die Langfassung erscheint in Kürze.

Studie herunterladen: <http://www.uba.de/uba-info-medien/3970.html>

[zurück](#)

Kühl und kostengünstig durch den Sommer

Der Energieverbrauch beim Kühlen von Gebäuden kann bis zum Jahr 2030 um 38 Prozent reduziert werden. Selbst bei einem wärmeren Klima könnte der Energieverbrauch auf dem Niveau von heute bleiben. Das ist das Ergebnis einer Studie von Ecofys im Auftrag des UBA. Bereits die Planung muss sich mit dem „Kühl-Halten“ eines Gebäudes in den Sommermonaten intensiv beschäftigen, um Behaglichkeit, Energieverbrauch und Kosten zu optimieren. Es gibt zahlreiche bewährte Maßnahmen, die verhindern, dass sich ein Gebäude übermäßig aufheizt. In vielen Fällen ist gar keine aktive Kühlung mit einer Klimaanlage nötig. Zu diesem Ziel führen Kombinationen aus unterschiedlichen Maßnahmen, die den Kühlbedarf senken, erneuerbare Energien einbinden und den verbleibenden Energiebedarf möglichst effizient decken. Jede damit eingesparte Kilowattstunde Energie verringert die CO₂-Emissionen und schont das Klima.

Studie herunterladen: <http://www.uba.de/uba-info-medien/3979.html>

[zurück](#)

Energieeffizienz im produktbezogenen Umweltschutz

Die EU-Staaten haben sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 ein Fünftel weniger Energie zu verbrauchen als 2005. Doch nach Einschätzung der Europäischen Kommission werden ohne zusätzliche Anstrengungen höchstens 10 Prozent erreicht. Einen Beitrag zu mehr Energieeinsparung leisten Instrumente, die die effizientesten Produkte (Top-Runner) am Markt fördern. Ein kürzlich veröffentlichtes Gutachten hat die weltweit existierenden Top-Runner-Modelle mit dem bestehenden Instrumentenmix auf EU-Ebene (Ökodesign-Richtlinie, verpflichtende und freiwillige Kennzeichnung) verglichen. Das Ergebnis: Der EU-Instrumentenmix ist grundlegend gleichwertig mit den Top-Runner-Ansätzen anderer Staaten. Die Autoren des Gutachtens empfehlen, für mehr Produkte die verpflichtende Energieverbrauchskennzeichnung einzuführen und zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen die Marktaufsicht in den Mitgliedsstaaten zu stärken und harmonisieren. Zudem sollen künftig die Produkte höhere Mindesteffizienzstandards erfüllen.

Gutachten herunterladen: <http://www.uba.de/uba-info-medien/4122.html>

[zurück](#)

Rohstoffkonflikte nachhaltig vermeiden

Der Hunger nach Rohstoffen führt nicht nur zu steigenden Preisen, er ist auch mit einer Reihe von Risiken verbunden. Dazu zählen Versorgungssicherheit, Gewaltkonflikte in Produzentenländern sowie die Beeinträchtigung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Ziel eines Forschungsprojekts war es, Risiken und Konfliktpotentiale im Zusammenhang mit wichtigen Rohstoffen zu identifizieren und Lösungsansätze zu liefern. Hierfür wurden vier Fallstudien und Szenarien bis zum Jahr 2030 entwickelt. Konkret geht es um Lithium in Bolivien, Seltene Erden in China, Kupfer und Kobalt im Kongo und um die geplante Nabucco-Gaspipeline. Die Auftragsnehmer empfehlen unter anderem, eine systematische Untersuchung der möglichen Folgen politischer Maßnahmen einzuführen und die Instrumente zur integrierten Risikoerkennung weiter zu fördern. Einige der untersuchten Rohstoffe sind Bestandteile von Umwelttechnologien wie Katalysatoren, Windkraftwerken oder Elektromotoren. Mögliche Rohstoffengpässe könnten den Ausbau innovativer grüner Techniken gefährden.

Fallstudien herunterladen:

<http://www.umweltbundesamt.de/ressourcen/publikationen.htm>

[zurück](#)

Strategien für mehr Ressourceneffizienz

Die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Materialeffizienz und Ressourcenschonung (MaRess)“ zeigen, wie Volkswirtschaften in naher Zukunft Ressourcen effizienter nutzen können und wie eine erfolgreiche Ressourcenpolitik umgesetzt werden kann. Ein Konsortium von 31 Partnern ermittelte unter der Leitung des Wuppertal Instituts branchen- und stoffbezogene Strategien, Instrumente und Maßnahmen zur Ressourceneffizienz und zum ressourceneffizienten Verhalten. Die zahlreichen Lösungsansätze für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft geben auch Impulse für das aktuell in der Entwicklung befindliche Ressourceneffizienzprogramm der Bundesregierung. Deutschland soll bis zum Jahr 2020 die ressourceneffizienteste große Volkswirtschaft der Welt werden. Ansatzpunkte hierfür sind die effizientere Nutzung der Rohstoffe, das Schließen von Stoffkreisläufen sowie nachhaltigere Lebensstile und Konsummuster. Die über 120 Projektberichte sind im Netz verfügbar.

Infos zum Projekt und Downloads: <http://ressourcen.wupperinst.org/home/index.html>

[zurück](#)

Umweltstandards für Jacke wie Hose

Der Präsident des UBA, Jochen Flasbarth, begrüßt, dass Marken- und Handelsunternehmen ihren Zulieferern Umweltstandards zunehmend zur Bedingung machen: „In der weltweit vernetzten Textil- und Schuhproduktionskette müssen endlich auch Umweltstandards global wirken – nicht nur in der EU, in der nur noch ein Bruchteil produziert wird“. Der Handel kann über seine Einkaufspolitik die entscheidenden Impulse setzen und für Know-how-Transfer sorgen.

Von dieser Zusammenarbeit profitieren die teilnehmenden Unternehmen und die Verbraucher. Laut der aktuellen Umweltbewusstseinsstudie des UBA kaufen zwei

von drei Befragten gezielt Produkte, deren Herstellung die Umwelt möglichst gering belastet. Die Unternehmen sparen Ressourcen wie Energie und Wasser, wodurch sie ihre Betriebskosten senken. Die Investition in Umweltmaßnahmen zahlt sich mittel- und langfristig für die Unternehmen aus. Ein kürzlich veröffentlichter Leitfaden greift konkrete Produktionsschritte auf, skizziert Verbesserungen in Technik und Ablauf und zeigt, wie sich betrieblicher Umweltschutz schon während der Herstellung von Produkten rechnet.

Leitfaden herunterladen: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/4128.html>

[zurück](#)

Trend zu Einwegflaschen aus Kunststoff ungebrochen

Einwegflaschen aus Kunststoff verdrängen zunehmend Mehrwegflaschen und Getränkekartons vom Markt. Dies geht aus einer Studie hervor, die die Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung (GVM) im Auftrag des UBA durchführte. Danach ist 2009 der Anteil an Mehrweg- und ökologisch vorteilhaften Einweg-Getränkeverpackungen abermals leicht gesunken. Der Prozentsatz von Getränken in Einweg-Glasflaschen und Dosen ist zwar sehr zurückgegangen, aber der Anteil an Einwegflaschen aus Kunststoff ist gleichzeitig stark gestiegen – vor allem auf Kosten der Mehrweg-Glasflasche und des Getränkekartons.

„Getränke in Mehrwegflaschen aus Glas und Kunststoff sind nach wie vor am umweltfreundlichsten. Die beste Ökobilanz weisen Mehrwegflaschen von regionalen Anbietern auf“, sagte der Präsident des UBA, Jochen Flasbarth. Mehrweg trage nachweislich dazu bei, die Abfallmengen zu reduzieren „Das Umweltbundesamt unterstützt die Initiative der Bundesregierung, die Kennzeichnungspflicht für Einweggetränkeverpackungen einzuführen. Das würde den Verbrauchern die richtige Wahl erleichtern“, fügte Flasbarth hinzu. Durch eine Kennzeichnung sollten Einweg- und Mehrwegverpackungen leichter zu unterscheiden sein.

Grafiken: http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2011/pdf/verpackung_2009.pdf

Studie herunterladen: <http://www.uba.de/uba-info-medien/3980.html>

[zurück](#)

Neue Mobilität in den Städten

In Nürnberg, Mainz, Kassel und auf der Insel Usedom sind dieses Jahr öffentliche Fahrradverleihsysteme mit neuen Konzepten eingeführt worden. Damit wird das Modellvorhaben „Metropolrad Ruhr“ ausgeweitet, das bereits vergangenes Jahr in zehn Städten des Ruhrgebiets startete. Ziel ist es, eine integrierte und nachhaltige Verkehrsentwicklung in den Städten zu fördern. Eine große Anzahl von Verleihstationen ist im Stadtgebiet verteilt, vor allem in der Nähe von Bahn- und Bushaltestellen. Damit wird es für Bürger und Besucher der Modellkommunen einfacher, Fahrradfahrten in ihre Wege zu integrieren, zum Beispiel im Anschluss an den Öffentlichen Nahverkehr. Viele Verkehrsunternehmen verknüpfen die Leihräder mit ihrem Tarifsystem, indem sie Rabatte für ihre Abo-Kunden einräumen. Das Projekt wird vom Bundesverkehrsministerium mit 12,7 Millionen Euro finanziell unterstützt und vom UBA fachlich begleitet. Alle Modellvorhaben werden begleitend durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung evaluiert.

Mehr Infos: <http://www.nationaler-radverkehrsplan.de/fahrradverleihsysteme/>

[zurück](#)

Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz in Kraft getreten

Am 28. Juli 2011 ist das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG) in Kraft getreten. Damit ist die Rechtsgrundlage für die Ausgestaltung des Emissionshandels in Deutschland für die dritte Handelsperiode (2013-2020) sowie für eine entsprechende Zuteilungsverordnung (ZuV) geschaffen. Die Verordnung regelt die Zuteilung kostenloser Zertifikate ab 2013. Sie befindet sich zurzeit noch im parlamentarischen Verfahren und kann frühestens nach der Sommerpause, das heißt im September 2011 in Kraft treten. Danach kann die dreimonatige Antragsfrist für das Zuteilungsverfahren für die dritte Handelsperiode beginnen.

Mehr Infos: http://www.dehst.de/SharedDocs/Mailings/DE/2011/11-07-12_TEHG-Novelle_tritt_in_Kraft.html

[zurück](#)

Internationaler Kohlenstoffmarkt

Das Bundesumweltministerium und die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) des UBA organisierten auf der diesjährigen Messe Carbon Expo in Barcelona den Deutschen Pavillon. Dort präsentierten 13 Unternehmen und Organisationen ein breites Spektrum von Technologie- und Dienstleistungsangeboten auf dem Kohlenstoffmarkt. Die internationale Messe eröffnet seit nunmehr acht Jahren emissionshandelspflichtigen Unternehmen die Möglichkeit, sich umfassend zu informieren und Kontakt zu Dienstleistern zu knüpfen. Schwerpunkte in diesem Jahr waren Fragen der Finanzierung des Klimawandels und zur Fortentwicklung des internationalen Kohlenstoffmarkts. An der Carbon Expo 2011 beteiligten sich insgesamt über 2600 Besucher aus 110 Ländern und rund 220 Aussteller.

Mehr Infos: <http://www.dehst.de/DE/Klimaschutzprojekte/Carbon%20Expo%202011.html>

[zurück](#)

Bodenerosion in der Landwirtschaft

Ein Siebtel der bundesdeutschen Ackerfläche ist durch Bodenerosion gefährdet. Gründe dafür sind unangepasste Nutzungsweisen unter den herrschenden Wetterbedingungen. Der Klimawandel verändert das zukünftige Wetter und erfordert dadurch Reaktionen aus Sicht der Landwirtschaft. Das ist das Thema eines Forschungsprojektes des UBA, das eine Bewertung des bundesweiten Status quo und Prognosen bis zum Jahr 2100 liefert. Insgesamt wird sich das Problem der Bodenerosion verschärfen. Der steigenden Gefahr kann mit angepassten Nutzungsweisen begegnet werden.

Studie herunterladen: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/4089.html>

[zurück](#)

Mehr Rechte für Umweltverbände

Die Bundesrepublik Deutschland muss die Klagerechte von Umweltvereinigungen erweitern. Das entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) in seinem Urteil vom 12. Mai 2011 im sogenannten „Trianel-Verfahren“. Nach Auffassung des EuGH setzt das deutsche Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz die europäischen Vorgaben nicht vollständig um und schränkt so die Klagerechte von Umweltvereinigungen unzulässig ein. Umweltverbänden muss es möglich sein, Verletzungen von allen Umweltvorschriften vor Gericht geltend zu machen, die für die Zulassung eines Vorhabens maßgeblich sind und auf Europäischem Recht basieren. Bis zum

Inkrafttreten einer Gesetzesänderung können sich anerkannte Umweltvereinigungen zur Begründung ihrer Klagerechte unmittelbar auf das EU-Recht berufen. Vereinigungen, die vor Gericht als Anwälte für Umwelt und Natur eintreten wollen, benötigen eine behördliche Anerkennung. Für inländische Vereinigungen mit einem Tätigkeitsbereich, der über das Gebiet eines Bundeslandes hinausgeht, und für ausländische Vereinigungen spricht das UBA die Anerkennung aus. Inländische Vereinigungen, deren Tätigkeitsbereich nicht über das Gebiet eines Bundeslandes hinausgeht, werden von der zuständigen Landesbehörde anerkannt.

Urteil des EuGH in der Rechtssache C-115/09: <http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Submit&numaff=C-115/09>

Auswertung des EuGH-Urteils durch das UBA:
http://www.umweltbundesamt.de/umweltrecht/downloads/auswertung_eugh-urteil_trialverfahren.pdf

Mehr Infos zur Anerkennung nach dem UmwRG:
<http://www.umweltbundesamt.de/umweltrecht/verbandsklage/index.htm>

[zurück](#)

Anlagensicherheit und Störfallvorsorge

Alle meldepflichtigen Ereignisse von Industrieanlagen, die der Störfall-Verordnung unterliegen, werden seit 1991 bei der Zentralen Melde- und Auswertestelle für Störfälle (ZEMA) am UBA registriert. 2008 wurden laut aktuellem ZEMA-Jahresbericht 25 Störfälle und Störungen der unter die Bestimmung fallenden Betriebe gemeldet. Dabei starben zwei Menschen, 96 wurden verletzt. Betroffen waren vor allem Chemieanlagen und Anlagen zur Herstellung und Verarbeitung von Stahl, Eisen und sonstigen Metallen. Bei fünf Ereignissen wurden innerhalb und einmal außerhalb des Betriebsbereichs Umweltschäden angezeigt. Die häufigste Ursache der Störungen waren technische Fehler an Apparaten und Armaturen. Die daraus resultierenden Folgen waren meist die Freisetzungen von Gefahrstoffen, gefolgt von Explosionen und Bränden. Für das Jahr 2007 verzeichnete die ZEMA 25 Störfälle und meldepflichtige Störungen, vorwiegend in der chemischen und Mineralölindustrie. Infolge dieser Ereignisse gab es zwei Tote und 40 Verletzte.

Jahresbericht herunterladen: <http://www.umweltbundesamt.de/nachhaltige-produktion-anlagensicherheit/zema/download.html>

Mehr Infos: <http://www.umweltbundesamt.de/nachhaltige-produktion-anlagensicherheit/index.htm>

[zurück](#)

Runder Tisch "Supermarktkälte"

Kälteanlagen sind im Supermarkt unerlässlich. Doch die dafür üblicherweise eingesetzten Kältemittel weisen sehr hohe Treibhauspotentiale auf; ihre Emissionen tragen erheblich zur Klimaerwärmung bei. Dabei sind Anlagen mit klimafreundlichen natürlichen Kältemitteln Stand der Technik. Wege zum verstärkten Einsatz solcher Anlagen standen im Mittelpunkt der Veranstaltung „Supermarktkälte“, die im Februar in Bonn stattfand und deren Dokumentation jetzt vorliegt. Mit der alljährlichen Veranstaltung wollen das Bundesumweltministerium und das UBA die breite Markteinführung besonders energieeffizienter und klimafreundlicher Kälteanlagen mit natürlichen Kältemitteln im Supermarkt fördern.

Mehr Infos: <http://www.umweltbundesamt.de/produkte/fckw/supermarkt/index.htm>

[zurück](#)

Problematische Chemikalien in Produkten

In Produkten des täglichen Lebens weisen Behörden und Verbraucherorganisationen immer wieder Chemikalien nach, die Umwelt und Gesundheit schaden können. Für die Produktbereiche Spielzeuge, Elektro- und Elektronikgeräte sowie Boden- und Wandbeläge ließ das UBA untersuchen, welche Schadstoffe die Produkte im Einzelnen enthalten. Die rechtlichen Regelungen für die drei Bereiche wurden ebenfalls begutachtet. Für einige Stoffe – wie den polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) – fehlen noch Regelungen. Oft sind die Produkte belastet, weil geltende Vorschriften nicht eingehalten werden. Eine Analyse der allgemeinen Vorschriften für Chemikalien in Erzeugnissen in der europäischen Chemikalienverordnung REACH rundet das Forschungsvorhaben ab.

Forschungsbericht herunterladen: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/4092.html>

[zurück](#)

Geruchsemissionen von Bauprodukten

Gerüche aus Bauprodukten können das Wohlbefinden und die Gesundheit der Menschen negativ beeinflussen. Lüften nach Renovierungsmaßnahmen verschafft häufig nur vorübergehend Abhilfe. Zudem erhöht intensives Lüften den Heizenergiebedarf von Gebäuden und kann damit richtig teuer werden. Die sensorische Bewertung von Bauprodukten und die Auswahl geruchsarmer Bauprodukte waren bislang kaum möglich, da kein einheitliches Mess- und Bewertungsverfahren zur Verfügung stand. In einem umfangreichen Projekt im Auftrag des UBA entwickelten Fachleute ein Messverfahren und Bewertungsmaßstäbe zur sensorischen Prüfung von Bauprodukten. Das Verfahren ermöglicht es, künftig Bauprodukte vor ihrer Vermarktung auch auf ihren Geruch hin zu überprüfen. Erprobt werden soll dies zunächst beim Umweltzeichen Blauer Engel.

Mehr Infos: <http://www.umweltbundesamt.de/produkte/bauprodukte/schadstoffe-gerueche.htm>

[zurück](#)

Alternativen zu Tierversuchen

Die europäische Chemikalienverordnung REACH verlangt die systematische Prüfung von vermarkteten Chemikalien auf Gesundheitsrisiken. Dabei wird vorwiegend auf Ergebnisse mit Tierversuchen zurückgegriffen. Doch solche Versuche sind oft nicht nur kostspielig, sondern auch tierschutzethisch umstritten. Könnten Mechanismus-basierte in vitro-Tests es bald erlauben, das Wirkungspotential von umweltfremden Stoffen oder Mischungen ähnlich bis komplementär wirkender Stoffe früher als bisher zu erkennen und vergleichend zu gewichten? Ein kürzlich abgeschlossenes Forschungsprojekt des UBA empfiehlt, verstärkt die Entwicklung solcher Tests zu fördern, die biochemisch-toxische Mechanismen, insbesondere solche zu „neuen“ toxischen Endpunkten, auf der zellulären Ebene sichtbar zu machen versprechen. Laut Projektbericht kommt hierfür bereits jetzt eine Reihe von Tests für drei „neue“ Endpunkte (Neurotoxizität von 2-Alkenalen, allergene Wirkung von Glucocorticoid-Antagonisten, altersbedingte Störung der Proteinfaltung) in Frage. Alle drei

Endpunkte lassen sich überdies im Tierversuch nur schwierig oder gar nicht testen.

Bericht herunterladen: <http://www.uba.de/uba-info-medien/4150.html>

[zurück](#)

Frühzeitig auffinden und bewerten

Bund und Länder beobachten seit Jahren das Vorkommen von Arzneimittel-Rückständen im Wasserkreislauf. Noch längst nicht alle befinden sich im Blickfeld der Analytik. Im Trinkwasser bewertet sie das UBA mangels zuverlässiger toxikologischer Daten häufig mit Hilfe gesundheitsbasierter Vorsorgewerte. Auf Basis von Literaturdaten identifizierte das Universitätsklinikum Freiburg 19 bisher kaum bekannte Arzneimittel-Rückstände, die offenbar in Mengen von mehr als 10 Tonnen pro Jahr in die Gewässer gelangen.

Gesundheitsbasierte Vorsorgewerte brauchen auch für schlecht bewertbare nicht beliebig niedrig zu sein. Sie sollten aber vorausschauend und nicht falsch über die Abwesenheit möglicher Wirkungen informieren. Rechnerbasierte Stoffbewertungen (QSAR) helfen bereits heute, die richtige Höhe solcher Vorsorgewerte zu finden. Die Kombination mehrerer, qualitativ sehr unterschiedlicher QSAR zur prognostischen Bewertung eines Stoffes ist ein mit diesem Projekt erstmals verfolgter Ansatz. Er ist wissenschaftlich anspruchsvoll und aus regulatorischer Sicht hoch attraktiv. Weitere rechnerbasierte Methoden bis hin zur Findung von Wirkhypothesen am Bildschirm („in silico-Across-Reading“) könnten ihn in naher Zukunft ergänzen.

Bericht herunterladen: <http://www.uba.de/uba-info-medien/4149.html>

[zurück](#)

+Neue Publikationen+

Klimawandel und Gesundheit - jetzt handeln, um Risiken zu vermeiden

Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit der Menschen waren Thema einer Konferenz, die Ende 2010 vom Bundesumweltministerium und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) veranstaltet wurde. Der Bericht über diese Veranstaltung liegt jetzt vor. Deutschland hat mit seiner Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) ein Fundament geschaffen, um frühzeitig eine Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu ermöglichen.

Bericht herunterladen:

http://www.bmu.de/gesundheit_und_umwelt/downloads/doc/47580.php

Für mehr Qualität in Städten

An heißen Sommertagen ist es deutlich spürbar: In den Städten ist die Luft wärmer und stickiger als im Umland. Der Klimawandel wird diese Effekte verstärken. Eine Broschüre des Umweltverbands NABU zeigt, wie man durch einfache gärtnerische, bauliche und planerische Maßnahmen die Effekte des Stadtklimawandels verringern kann. Der positive „Nebeneffekt“ dabei: Die Stadtviertel werden aufgewertet und die Lebensqualität der Einwohner verbessert. Die Broschüre ist Ergebnis eines vom Bundesumweltministerium und vom UBA geförderten Projekts.

Mehr Infos: www.stadtklimawandel.de

Treibhausgas-Emissionen im Güterverkehr berechnen

Auch der Güterverkehr muss einen stärkeren Beitrag zur CO₂-Emissionsreduktion leisten, wenn die von der Bundesregierung festgelegten Klimaschutzziele erreicht werden sollen. Allerdings gab es bisher keine einheitlichen Standards für die Berechnung von Treibhausgas-Emissionen von Logistikdienstleistungen. Künftig soll eine europäische Norm zu einer Vereinheitlichung der Rechenmethodik führen. Ein neuer Leitfaden greift den Normentwurf auf und zeigt Wege, wie Speditionen und Logistikunternehmen die Treibhausgas-Emissionen für Transportprozesse standardisiert ermitteln können. Er ist Ergebnis eines Forschungsprojekts des Bundesumweltministeriums und des UBA und kostenlos auf der Internetseite des Deutschen Speditions- und Logistikverbandes erhältlich.

Leitfaden herunterladen:

<http://www.spediteure.de/de/binary/857/1575/page/download.xml>

Bericht zu umweltschädlichen Subventionen jetzt auf Englisch

Umweltschädliche Subventionen belasten den Staatshaushalt doppelt: erstens durch Mehrausgaben oder Steuermindereinnahmen und zweitens durch erhöhte Kosten für die Beseitigung von Schäden an Umwelt und Gesundheit. Der Bericht zu umweltschädlichen Subventionen in Deutschland in der aktualisierten Ausgabe von 2010 ist jetzt auch in englischsprachiger Version verfügbar. Er gibt einen Überblick zu den wichtigsten Subventionen für die Bereiche Energie, Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie für die Land- und Forstwirtschaft. Dabei werden Einsparpotentiale angeführt und Empfehlungen zum Abbau von Subventionen gegeben.

Bericht herunterladen: <http://www.uba.de/uba-info-medien/4123.html>

Aktuelle Ergebnisse zu Umweltgerechtigkeit in Deutschland

Umweltbelastungen sind in Deutschland sozial ungleich verteilt. Menschen in sozial benachteiligten Vierteln sind besonders häufig von Lärm und Luftverschmutzungen betroffen. Die neue Ausgabe des "UMID: Umwelt und Mensch – Informationsdienst" greift aktuelle Forschungsergebnisse und Erfahrungsberichte zur Umweltgerechtigkeit in Deutschland auf. Ein Schwerpunkt des Themenhefts ist der Werkstattbericht über das Modellvorhaben „Umweltgerechtigkeit im Land Berlin“. Darüber hinaus werden ausgewählte Forschungsprojekte und Aktivitäten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene vorgestellt, die soziale Faktoren in die Analyse umweltbedingter Gesundheitsrisiken einbeziehen. UMID erscheint drei- bis viermal pro Jahr und informiert kostenlos zu Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz.

Aktuelle Ausgabe zum Download: <http://www.umweltbundesamt.de/umid/>

UMID-Archiv: <http://www.umweltbundesamt.de/umid/archiv.htm>

Prüfung der Anwendbarkeit der Störfall-Verordnung auf Biogasanlagen

Biogasanlagen enthalten hochentzündliche Gase. Das UBA hat unter Mitarbeit der Länder eine Arbeitshilfe zur Prüfung der Anwendbarkeit der Störfall-Verordnung auf Biogasanlagen erstellt. Die Arbeitshilfe ist mit dem Ausschuss Immissionsschutz und Störfallvorsorge der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Immissionsschutz abgestimmt. Sie besteht aus einer Excel-Datei für die erforderlichen Berechnungen und einer Datei mit Erläuterungen. Das UBA übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der mit dieser Arbeitshilfe durchgeführten Berechnungen. Hinweise zur

Fortschreibung der Arbeitshilfe an das Fachgebiet "Anlagensicherheit" des UBA sind willkommen.

Arbeitshilfe und Erläuterungen: <http://www.umweltbundesamt.de/nachhaltige-produktion-anlagensicherheit/anlagen/stvo-seveso-richtlinie.html>

+Termine+

25. August 2011, Hamburg

Pressereise „Biogas und Kupferrecycling – Green Economy“

Veranstalter: Umweltbundesamt

Infos: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/pressetermine/anmeldung.php>

1. September 2011, Dessau-Roßlau

Workshop „Erneuerbare Energien und Ökostrom – Zielgruppenspezifische Kommunikationsstrategien“

Veranstalter: Bundesumweltministerium, Martin Luther Universität Halle, Umweltbundesamt u.a.

Infos: <http://sozpsy-forschung.psych.uni-halle.de/workshopEEOSZK/index.php>

11. bis 15. September 2011, Essen

Konferenz „Biological Responses to Nanoscale Particles“

Veranstalter: Deutsche Forschungsgemeinschaft, Universität Duisburg-Essen

Infos:

http://www.spp1313.de/website/events/spp1313_con/home_149/de/de_home_univer_1.php

14. bis 15. September 2011, Dessau-Roßlau

Workshop „Monitoring von Arzneimitteln in der Umwelt“

Veranstalter: Umweltbundesamt

Infos:

http://www.umweltbundesamt.de/chemikalien/publikationen/faltblatt_workshop_arzneimittelrueckstaende_in_der_umwelt.pdf

29. bis 30. September 2011, Berlin

Internationale Konferenz „Green Markets – World of Sustainable Products“

Veranstalter: Umweltbundesamt

Infos: http://www.greenmarkets2011.org/home_de/dok/43567.php

6. bis 7. Oktober 2011, Berlin

Internationale Konferenz „Sustainable Chemistry – a Challenge and an Opportunity for International Chemicals Management“

Veranstalter: OECD, UNIDO; GIZ, UBA

Infos: <http://www.sustainablechemistry2011.com/>

20. bis 21. Oktober 2011, Dessau-Roßlau

Fachveranstaltung "Wie weiter mit dem Wald? Klimaretter, Rohstoffquelle, Schadstofffilter?"

Veranstalter: Umweltbundesamt

Infos:

http://www.umweltbundesamt.de/luft/infos/veranstaltungen/veranstaltungen_2011_wald.php

Weitere Veranstaltungshinweise finden Sie im Internetangebot des UBA:

<http://www.umweltbundesamt.de/service/termine/termine.php#12>

[zurück](#)

Impressum

Herausgeber:

Umweltbundesamt

Pressestelle

Wörlitzer Platz 1

06844 Dessau-Roßlau

<http://www.umweltbundesamt.de>

Redaktion: Fotini Mavromati

E-Mail: fotini.mavromati@uba.de

„UBA aktuell“ erscheint fünfmal pro Jahr und bietet Interessenten einen Überblick über die Aktivitäten und Arbeitsergebnisse des UBA. Wenn Sie diesen Service nicht mehr in Anspruch nehmen wollen oder sich Ihre E-Mail-Adresse geändert hat, klicken Sie bitte auf <http://www.UBA.de/newsletter/index.htm>. Dort können Sie den Newsletter abbestellen oder uns Ihre neue Adresse mitteilen.